



Krieger oder Lebensretter? Intelligente Roboter wie dieser dienen der zivilen Nutzung etwa bei der Feuerwehr, sie können aber auch Bomben entschärfen. Foto Oliver Tjaden / Laif

Verklausulierter Frieden

Knappe 23 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung und der Übernahme der Nationalen Volksarmee durch die Bundeswehr wird die neue Bundeswehr akzeptiert und ihre Auslandseinsätze werden von einer breiten Mehrheit im Bundestag unterstützt. Das ist eine kluge und abgewogene Politik sowohl der schwarz-gelben, der rot-grünen und der Großen Koalition zu verdanken. Das sieht vor allem die Partei „Die Linke“ mit Unmut, aber auch radikal-pazifistische Milieus, die nicht nur mit der Linken kooperieren, sondern auch in die Gewerkschaften, Kirchen und in Jugendorganisationen etablierter Parteien hineinwirken. Der Kampf gegen die Bundeswehr ist hier nicht aufgegeben worden. Er wird heute in die Universitäten getragen, das Schlagwort heißt „Zivilklausel“.

An mehreren deutschen Universitäten finden derzeit offensichtlich koordinierte Kampagnen statt, um dort „Zivilklauseln“ einzuführen. In der Sache geht es darum, forschungsbezogene Kooperation und Kontakte von Universitäten mit der Bundeswehr und der wehrtechnischen Industrie zu verbieten. Überall findet sich das gleiche Muster: Befeuerung und koordiniert von Internetplattformen und Blogs der fundamental-pazifistischen Szene und der Linkspartei, treten an Universitäten Gruppen von Studenten auf, die sich angeblich um „Aufklärung“ über bestehende Kontakte ihrer Universität zu Militär und Rüstungswirtschaft bemühen und sich als Anwälte der Ehrlichkeit, des Friedens und der „berechtigten Anliegen der Studierenden“ ausgeben. Die Studenten wollen, so ihr Argument, „nicht fremdbestimmt“ sein. Es gelte, sich gegen die angebliche Einmischung der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie in den Universitätsbetrieb zu „wehren“, wo es offenbar

Pazifistische Studenten wollen die Kooperation von Universitäten mit der Bundeswehr verhindern. Ihre reißerische Kampagne hat mit der Realität wenig zu tun.

Von Joachim Krause

sinistre Forscher gibt, die heimlich „für den Krieg“ arbeiten. Tatsächlich sind die Ergebnisse der studentischen Aufklärungsbemühungen dürftig, denn angesichts der geringen Kooperation deutscher Universitäten mit der Bundeswehr existiert wenig Verwertbares. Um nur ein Beispiel zu nennen: An der Universität Kiel, die noch zu den Universitäten gehört, die relativ viel mit der Bundeswehr kooperieren, macht der Anteil der von Verteidigungsministerium finanzierten Projektförderung gerade mal 1,1 Prozent aller Drittmittelannahmen aus, das sind 0,3 Prozent der Gesamteinnahmen. Entsprechend werden dann von den studentischen „Aufklärern“ die wenigen Daten und Sachverhalte, die zu finden sind, aus ihrem Kontext gerissen und in reißerischer Weise zu Indikatoren für eine angebliche Militarisierung der Hochschule hochstilisiert. Teilweise absurde Fehlinformationen werden in die Welt gesetzt und einzelne Hochschulangehörige öffentlich denunziert. Dabei werden Medien mit einbezogen, um die „berechtigten Anliegen“ der Studenten zu verbreiten.

Das gilt erst recht für weitere Aktivitäten, die bisher aus den Sondermitteln für Bildung und Forschung finanziert wurden, die aus einem 13 Milliarden Sonderprogramm für die Legislaturperiode 2010 bis 2013 stammen. Nach dem bisherigen Haushaltsplan für das Jahr 2014 hätte die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik den Ausfall von 92 Millionen Euro zu verkraften. Der neue Haushalt dürfe keinesfalls so verabschiedet werden, sagt die Staatsministerin im Auswärtigen Amt Cornelia Pieper (FDP) gegenüber dieser Zeitung. Bei Koalitionsverhandlungen der aus der Bundestagswahl siegreich hervorgehenden Parteien müsse darum gekämpft werden, die Sondermittel auch in der nächsten Legislaturperiode wieder für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik zu sichern.

Durch den drohenden Wegfall der Sondermittel fielen allein Stipendienmittel in Höhe von 16 Millionen Euro weg. Hauptleidtragende der Kürzungen wären die Stipendiaten des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD), der Studenten Auslandsaufenthalte ermöglicht, sowie der Alexander von Humboldt-Stiftung, die ausländischen Wissenschaftlern Forschungsaufenthalte in Deutschland ermöglicht und sich daraus

ergebende wissenschaftliche und kulturelle Verbindungen unterstützt. Allein im Jahr 2012 wurden 800 Förderungen an Deutsche vergeben, die nach Nordafrika gehen wollten und 2200 Förderungen an Nordafrikaner, die nach Deutschland gehen wollten. Vor allem das Stipendienprogramm des DAAD soll noch ausgedehnt werden, was allerdings nur dann möglich wäre, wenn die Sondermittel weiterhin bereitstünden.

Nach dem vom Kabinett beschlossenen Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2014 läge der Gesamthaushalt des Auswärtigen Amtes bei 746,36 Millionen Euro. Zu den Prioritäten gehört die Verstärkung der Wissenschaftsbeziehungen, die Aufstockung der Programmarbeit um eine Millionen Euro für Projekte aus Anlass des Zentenariums des Ersten Weltkrieges, 20 Millionen für die Transformationsländer in Nordafrika und Nahost, eine auskömmliche Finanzierung des Schulfonds für die Deutschen Auslandsschulen und eine erste Rate für die Sanierung oder den Neubau einer Liegenschaft der Alexander von Humboldt-Stiftung. Dafür mussten Stipendienprogramme bluten, aber auch Sprachförderprogramme, die Projektförderung gesellschaftlicher Gruppen (Kirchen, Jugendaustausch, Freiwilligendienst, Sport) und der Baufonds-

worden. Seine Veranstaltungen sind wiederholt gestört worden, seine Ernennung zum Honorarprofessor der Universität Tübingen ist Gegenstand geschmackloser Hetzattacken. Die Hochschulleitung zeigt sich überfordert mit diesem Problem. In Frankfurt scheint sich dieses Muster zu wiederholen. Kaum ist die Zivilklausel in Kraft, müssen sich Dozenten Belästigungen gefallen lassen, wenn sie sicherheitspolitische Themen aufgreifen.

Ziel der Kampagne ist die gesellschaftliche Isolierung der Bundeswehr und ihre politische Diskreditierung. Nebenbei wird auch noch versucht, die bestehenden kleinen Ansätze strategischer Wissenschaft an deutschen Universitäten zu zerstören. Es wird Zeit, dass nicht nur mehr Hochschulen (insbesondere die Hochschulleitungen) Rückgrat zeigen. Auch die etablierten Parteien (sowohl auf Ebene der Länder wie des Bundes) müssen sich dieses Problems annehmen. So sollten Bund und Länder dringend die Verfassungsmäßigkeit bestehender Zivilklauseln gemeinsam überprüfen und die jeweils zuständigen Landesregierungen als Aufsichtsbehörde einschreiten, falls sich eine Klausel als verfassungswidrig erweist. Aber in erster Linie sind die Universitäten gefordert. Es kann nicht sein, dass Universitäten ihren Professoren wissenschaftliche Kooperation mit einer Verfassungsinstitution (und das ist die Bundeswehr) untersagen. Bundeswehr und Universitäten unterstehen gleichermaßen dem Friedensgebot des Grundgesetzes. Wenn es über die Interpretation dieses Gebots unterschiedliche Meinungen gibt, so haben Universitäten diese in ziviler und wissenschaftlicher Weise auszutragen – aber nicht durch Kooperations- und Denkverbote.

Der Verfasser lehrt Politikwissenschaft an der Christian-Albrechts-Universität Kiel und ist Direktor des Instituts für Sicherheitspolitik.

Abschreckend

Schullektüren sind prägende Texte, das gilt vor allem für die verbindlichen Lektüretexte in der Oberstufe, die im Deutsch-Abitur geprüft werden. Ganze Schülergenerationen haben Aufsätze über Effi Briest geschrieben, und selbst die wenig Lesebegeisterten haben zumindest diese Texte gelesen, ob sie auch geschätzt wurden, ist damit noch nicht ausgemacht. Kultusbehörden und Kommissionen, die Abituraufgaben entwickeln, wissen sehr genau, dass die Auswahl der Pflichtlektüre für das Fach Deutsch alles andere als belanglos ist.

Umso unverständlicher erscheint die Auswahl des niedersächsischen Kultusministeriums für das Zentralabitur des Jahres 2013. Neben Schillers „Kabale und Liebe“ hat die Behörde den Roman „Faserland“ von Christian Kracht zur Pflichtlektüre erhoben. Der frühere Deutschlehrer und Didaktiker Klaus Zobel aus Northeim hat sich die Mühe gemacht, die Eignung des Textes aus fachdidaktischer Sicht zu klären.

Das Ergebnis seiner Textanalyse ist niederschmetternd. Bei der Titelfigur des Romans (Ich-Erzähler) handelt es sich um einen finanziell unabhängigen dandyhaften Absolventen des Salemer Internats, der seine Eindrücke von einer Reise von Sylt über Hamburg, Frankfurt, Heidelberg nach München, Meersburg und Zürich berichtet. Ganz offensichtlich ist der Protagonist ein nicht gerade menschenfreundlicher Zyniker mit einer Vorliebe für fäkalsprachliche Ausdrücke und abartige Phantasien. Ein Besuch im Restaurant Fisch-Gosch auf Sylt, wo Muschelgerichte ausgerufen werden, regt ihn zu der Vorstellung an, „dass eine der Muscheln verseucht ist und heute Nacht irgendein chablistrinkender Prolet ganz schlimme Bauchschmerzen kriegt und ins Krankenhaus gebracht werden muss mit Verdacht auf Salmonellen oder irgendwas. Ich muss grinsen, wie ich mir das vorstelle.“ Von seinen widerlichen Phantasien über Zugtoiletten und Exkremente soll hier nicht die Rede sein.

Noch abwegiger sind für Schüler allerdings die historischen Bezüge, die gelegentlich sogar als Vorzüge des Romans gepriesen wurden. „In Deutschland gibt es eine Art Abkürzungswahn, der von den Nazis erfunden worden ist“, behauptet der Autor, doch Zobel weist zu Recht darauf hin, dass Akronyme oder auch andere Spielarten der Verkürzung weder von den Nazis erfunden noch jemals in Deutschland allein üblich gewesen sind. In Frankreich sind sie eher noch häufiger. Über die Stadt Rungholt schreibt er, sie sei „vor zweihundert Jahren oder so“ von einer Sturmflut ins Meer gezogen worden, obwohl man in Norddeutschland weiß, dass die „Grote Mandränke“ 1362 über das Land kam. Doch der Autor unternimmt noch mehr, die geschichtliche Ahnungslosigkeit seines Protagonisten zu belegen. Ein Freund erscheint dem Ich-Erzähler „irgendwie mittelalterlich“ auszugehen, „wie auf einem Bild von Waltherr von der Vogelweide oder Bernard von Clairvaux. Das sind beides

mittelalterliche Maler, das weiß ich.“ Muss man Schüler eigentlich mit solchen Fehlinformationen, so fiktiv sie auch immer sein mögen, behelligen? Als Gast im feudalen „Baur au Lac“ in Zürich hätte er Gelegenheit gehabt, auf die dort beginnende Liebesaffäre Richard Wagners mit Mathilde Wesendonck oder auf Thomas Mann zu verweisen, der ebenfalls schon vor ihm dort Gast war, doch das weiß der Protagonist nicht, und der Autor macht auch keine Anstalten, es ihm wissen zu lassen. Zwar versucht er – erfolglos – das Grab Thomas Manns auf dem Friedhof in Kilchberg bei Zürich zu finden. Dort meint er den Schatten eines schwarzen Hundes zu sehen und glaubt zu hören, „wie er schnuppert, wie seine Schnauze zwischen den Blumen hin und her fährt... In dem Moment fällt mir ein, dass der Hund vielleicht auf Thomas Manns Grab gekackt haben könnte.“ Geradezu aberwitzig aber ist sein Vorurteil gegenüber älteren Leuten, von denen der markenbewusste Dandy in Barbour-Jacke meint: „Ab einem bestimmten Alter sehen alle Deutschen aus wie komplette Nazis... In Badenweiler zum Beispiel, oder überall an der Ostsee“.

Selbst wenn man den Ich-Erzähler als fragwürdigen Antihelden verstehe,

Die Auswahl dieses Textes ist fragwürdig, erschreckt Schüler eher ab.

biete er für eine differenzierende und subtile Beobachtung kein lohnendes Untersuchungsobjekt, „zu oberflächlich, einseitig, interesse- und unreflektiert ist diese Figur dargestellt“, schreibt Zobel zu Recht.

Ganz offensichtlich handelt es sich um einen ichbezogenen Menschen, der voller Vorurteile und Ressentiments gegenüber seinen Mitmenschen ist, denen er nahezu ausschließlich vorurteilsbeladen begegnet. Völlig ungehemmt in seinen Antipathien werden sie mal als Nazis, dann als „SPD-Schweine“ bezeichnet, oder er wünscht seinen Mitreisenden im Flugzeug nach Frankfurt „mit-samt ihren Swatch-Unterstatement-Uhren, die sie auf dem Rückflug von Pattaya im Dutyfree in Bangkok gekauft haben, den Tod“.

Wie ungläubig die Erzählung in sich ist, zeigt sich dann, wenn er seine Barbour-Jacke im Flughafengebäude entzündet, ohne dass irgendjemand davon Notiz zu nehmen scheint. Als ob jemand im Flughafen einen Brand legen könnte und sich dann einfach davonmachen könnte. Besonders peinlich und für Jugendliche geradezu abstoßend dürfte es sein, wie der Autor sich anbiedernd den Jugendjargon zu eigen macht und diese Sprechweise zu imitieren sucht. Es ist eine Schande, dass Niedersachsen ausgerechnet solch einem Text eine zentrale Stellung beim Abitur zubilligt. Selbst literaturinteressierte Schüler dürften erschrecken. oll.



Pflichtlektüre in der Oberstufe: Auf den Inhalt kommt es an. Foto Jörg Lantelme

Schönes Land, grauenvolle Grammatik

Deutsch wird als Fremdsprache immer beliebter – doch das Geld für Stipendien ist knapp / Von Heike Schmoll

Die im Mai veröffentlichte BBC-Studie zum Ansehen der Staaten der Europäischen Union und 16 weiterer Länder hatte Deutschland zum beliebtesten Land der Welt gekürt. Befragt worden waren 26 000 Menschen aus 25 Ländern. Im Vorjahr hatte Japan noch auf Platz eins gelegen, das dann auf Platz vier abrutschte. Auf der Internetseite der BBC wurde das Ergebnis der Umfrage äußerst kontrovers diskutiert. Ein Kommentator meinte: „Gut gemacht, Deutschland. Sehr verdient. Aber deine Grammatik ist grauenvoll.“ Abschreckend scheinen die sprachlichen Hürden allerdings nicht zu sein, jedenfalls ist das Interesse am Deutschlernen so groß wie nie zuvor. Es hat um 20 bis 30 Prozent zugenommen – und zwar keineswegs nur in Ost- und Südeuropa. Die Goethe-Institute können gar nicht so viele Sprachlernangebote bereitstellen, wie inzwischen gebraucht werden.

Immerhin ist unter Schwarz-Gelb kein Goethe-Institut geschlossen worden, es sind drei neue hinzugekommen: in Riad, Nikosia und in Burma. Wenn es nach dem Auswärtigen Amt ginge, sollten weitere in Tripolis, Namibia und Kuba dazukommen. Im Entwurf für den künftigen Haushaltsplan wird die Finanzierung der Goethe-Institute nicht beschneidet, doch die Spielräume für neue Institute sind eng.

Das gilt erst recht für weitere Aktivitäten, die bisher aus den Sondermitteln für Bildung und Forschung finanziert wurden, die aus einem 13 Milliarden Sonderprogramm für die Legislaturperiode 2010 bis 2013 stammen. Nach dem bisherigen Haushaltsplan für das Jahr 2014 hätte die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik den Ausfall von 92 Millionen Euro zu verkraften. Der neue Haushalt dürfe keinesfalls so verabschiedet werden, sagt die Staatsministerin im Auswärtigen Amt Cornelia Pieper (FDP) gegenüber dieser Zeitung. Bei Koalitionsverhandlungen der aus der Bundestagswahl siegreich hervorgehenden Parteien müsse darum gekämpft werden, die Sondermittel auch in der nächsten Legislaturperiode wieder für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik zu sichern.

Das gilt erst recht für weitere Aktivitäten, die bisher aus den Sondermitteln für Bildung und Forschung finanziert wurden, die aus einem 13 Milliarden Sonderprogramm für die Legislaturperiode 2010 bis 2013 stammen. Nach dem bisherigen Haushaltsplan für das Jahr 2014 hätte die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik den Ausfall von 92 Millionen Euro zu verkraften. Der neue Haushalt dürfe keinesfalls so verabschiedet werden, sagt die Staatsministerin im Auswärtigen Amt Cornelia Pieper (FDP) gegenüber dieser Zeitung. Bei Koalitionsverhandlungen der aus der Bundestagswahl siegreich hervorgehenden Parteien müsse darum gekämpft werden, die Sondermittel auch in der nächsten Legislaturperiode wieder für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik zu sichern.

Zu den großen Zukunftsprojekten des Auswärtigen Amtes gehört der Ausbau der dualen Ausbildung, die stärker als bisher an deutsche Auslandsschulen und sogenannte Pasch-Schulen gebunden werden soll. Dabei ist es auch möglich, Deutschunterricht mit der dualen Ausbildung zu verbinden. Außerdem soll es immer mehr trilaterale Partnerschaften zwischen Pasch-Schulen, Wirtschaft und Auslandschulwesen, dem Goethe-Institut, dem Pädagogischen Austauschdienst der Kultusministerkonferenz und dem DAAD verwirklicht. Schwerpunktregionen sind Asien, Naher und Mittlerer Osten sowie Mittel- und Osteuropa.

Bildungsnotizen

Sonderpädagogik erhalten
Die baden-württembergische Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) hat gemeinsam mit der GEW-Vorsitzenden Doro Moritz gefordert, dass die Reform der Lehrerbildung nicht zu Lasten der sonderpädagogischen Kompetenzen künftiger Lehrer gehen darf. Die Qualität und Eigenständigkeit der sonderpädagogischen Ausbildung sollte erhalten bleiben, zugleich sollten in allen Schularten sonderpädagogische Grundmodule verankert werden. Eine Expertenkommission hatte vorgeschlagen, nur noch sonderpädagogische Grundmodule für alle Lehrer anzubieten. Für bestimmte Behinderungsarten hätte es in einiger Zeit dann keine Speziallehrer mehr gegeben. Entscheidend sei der Qualitätsgedanke bei der Weiterentwicklung der Lehrerbildung. Universitäten und Pädagogische Hochschulen könnten in strukturierten, institutionalisierten hochschulübergreifenden Kooperationen ein qualitatives Element der Reform schaffen. In der Master-Phase könnten fachdidaktische und pädagogische Expertise der Pädagogischen Hochschulen mit fachwissenschaftlichen Stärken der Universitäten verknüpft werden. Durch diese Kooperation der Hochschularten würden sowohl Qualitätsverbesserungen als auch neue Synergien erzielt, hieß es in einer gemeinsamen Erklärung. An den

Universitäten wird die geplante Kooperation mit großer Skepsis gesehen. Viele Fachvertreter befürchten, dass die Kooperation zu Lasten der fachwissenschaftlichen Ausbildung gehen könnte, die vor allem für Gymnasiallehrer von entscheidender Bedeutung ist.

Ein Punkt mehr für Länder
Der Hannoveraner Kreis der FDP hat in einer Potsdamer Erklärung gefordert, einen Punkt mehr aus dem bestehenden Umsatzsteueraufkommen für die Länder, Städte und Gemeinden vorzusehen und ihnen auf diese Weise mehr Spielraum für Bildungsfinanzierung zu verschaffen. Die Länder hätten so zehn Milliarden mehr für Bildungsinvestitionen zur Verfügung. Ausdrücklich wendet sich die Erklärung gegen mehr Bundesbeteiligung in der Schulpolitik. Sie diene allenfalls der Verschleierung von Kürzungen bei den Bildungsausgaben in Landeshaushalten. Zugleich setzen sich die Bildungsliberalen dafür ein, das Kofinanzierungsverbot im Hochschulbereich aufzuheben und damit die Spitze, aber auch die Breite ausreichend zu fördern. Einige Länder kämen dieser Aufgabe im Augenblick nicht adäquat nach. Außerdem müsse erreicht werden, dass auch private Hochschulen gleichberechtigt behandelt würden und in einem fairen Wettbewerb mit den öffentlichen Hochschulen stünden. oll.